

büz die bürgerzeitung

DAS UNABHÄNGIGE INFORMATIONSBLETT VOM BÜNDNIS GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Das grüne Herz schlägt bürgerfreundlich

Thüringer Mehr Demokratie-Bündnis ist nach 10 Jahren Arbeit am Ziel



250.982 Unterschriften, 250.982 Blatt Papier - Wertpapiere für die Demokratie

RALF-UWE BECK

DER BLICK ZURÜCK: 2003

Im November 2003 gingen im Thüringer Landtag ausnahmslos alle Hände hoch – als das Reformpaket für fairer gestaltete Volksbegehren zur Abstimmung stand. Einstimmig angenommen! Neun Monate hatten die drei Landtagsfraktionen um einen Kompromiss verhandelt. Angestoßen hatten die Reform die 387.469 Unterzeichner des Volksbegehrens »Mehr Demokratie in Thüringen«. Das Volksbegehren war zwar erfolgreich, wurde aber danach auf Antrag der Landesregierung vom Verfassungsgericht gestoppt. Dennoch

war der Druck aus dem Volk vor der anstehenden Landtagswahl so groß, dass sich auch die widerstrebende CDU bewegt hat. Wir waren ermutigt...

2003: DER BLICK NACH VORN

Wir meinten, der nächste Schritt, eine Reform der Bürgerbegehren, müsste nun ein Kinderspiel sein. Hier – auf der kommunalen Ebene – war der Reformbedarf noch augenfälliger, – Thüringen das Schlusslicht unter den Bundesländern. In 15 Jahren hat es nur 69 Bürgerbegehren gegeben, im Nachbarland Bayern dagegen 1.700. Das muss doch Berufspolitikern, die

in unzähligen Podiumsgesprächen, über Leserbrief und schließlich in den Ausschüssen des Landtages jahrelang die direkte Demokratie mit uns diskutiert haben, sofort einleuchten. Wer die Hürden für Volksbegehren senkt, wird sie doch auch für Bürgerbegehren senken. – Meinten wir. Aber wir hatten uns getäuscht. Die CDU hatte zwar die Volksbegehren mit verbessert, aber von der Kultur der direkten Demokratie insgesamt nicht viel verstanden. Also hat das 19 Organisationen starke Bündnis mit seinem parlamentarischen Arm, den beiden...

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

INHALT

Das grüne Herz schlägt bürgerfreundlich

Unsere Demokratie ist ein wertvolles Gut und ein zartes Pflänzchen. Demokratie kann und muss gelebt werden, dafür machten sich unter anderem 19 Bündnisorganisationen im »Bündnis für mehr Demokratie in Thüringen« stark. SEITE 1 BIS 2

Wie weiter im Kampf gegen Rechtsextremismus?

Es gibt die Bundesprogramme »kompetent. für Demokratie«, »VIELFALT TUT GUT« und in manch einem Bundesland ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus. Doch das reicht nicht. Mit einer gemeinsamen Erklärungen richten Vereine, Verbände, Beratungsstellen und Initiativen einen Appell an die Bundesregierung. SEITE 3

Die NPD in Nordthüringen - eine kleine Bestandsaufnahme

Nein, im Landtag sitzt die Partei nicht. Ja, in Nordthüringen hat sie es in Kreistage und Stadträte geschafft. Eine kurze Bestandsaufnahme, als Erinnerung und Mahnung. SEITE 4

Als ich fremd war

Das Junge Theater der Theater Nordhausen/Loh-Orchester Sondershausen GmbH arbeitet derzeit an einem neuen Projekt zum Lokalen Aktionsplan der Stadt Nordhausen zum Bundesprogramm »VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie«. Hier gibt es exklusiv die ersten inhaltlichen »Stichpunkte« zu lesen. SEITE 4 BIS 5

Kulturelle Bildung & Spiele - der schmale Grat zwischen Lernen und Manipulation

Im Rahmen des Bundesprogramms »VIELFALT TUT GUT- Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« gestaltet der Kreisjugendring Nordhausen das Projekt Colorful Games. Spielend manipulieren, ein manipuliertes Spiel mitmachen!? Oder doch lieber aufdecken und Fair spielen!? SEITE 6

Das grüne Herz schlägt bürgerfreundlich

Thüringer Mehr Demokratie-Bündnis ist nach 10 Jahren Arbeit am Ziel

FORTSETZUNG VON SEITE 1

...Oppositionsfraktionen der LINKEN und der SPD, einen eigenen Gesetzentwurf ausgearbeitet und ins Parlament eingebracht. Den hat die CDU abgelehnt, in Bausch und Bogen. Und mit verbogener Argumentation: Andere Länder würden für Thüringen kei-

nsammlung hatte die CDU angekündigt, und dann auch mit einem eigenen Gesetzentwurf untersetzt, sie wolle jetzt auch die Bürgerbegehren reformieren. Das Bündnis könne ja nun aufhören, zu sammeln. In der Tat, etliche Forderungen waren bei uns ab-

CDU ist durch den Garten der Demokratie getrampelt als sei es ihr eigener. Respektlos. Schamlos. Geistlos. Ein Aufschrei quer durchs Land. Und die Oppositionsfraktionen und das Bündnis ziehen vors Verfassungsgericht. Hier steht mehr auf dem Spiel. Wenn eine regierungstragende Fraktion mit einem Federstrich die Gesetzeslage ändern kann, auf die sich ein Volksbegehren bezieht, wer sollte dann noch den Riesenaufwand für ein Volksbegehren treiben?

Demokratie«-Bündnis, beide erfolgreich.

Im Jahr der Demokratie, in dem das 20-jährige Jubiläum der friedlichen Revolution gefeiert wird, haben sich die Menschen selbst faire Bürgerbegehren zum Geschenk gemacht. 19 Bündnisorganisationen haben miteinander gekämpft und sind für die Bürgerrechte über ihre parteipolitischen Schatten gesprungen. 30 Regionalbeauftragte in den Städten und Landkreisen haben



Ge- und erlebte Demokratie zum anschauen und mitmachen im Kaisersaal von Erfurt

ne Rolle spielen. Und überhaupt, die Menschen hier hätten noch nicht so lange Erfahrungen mit der Demokratie wie die Bayern und so seien ihnen niedrigere Hürden für Bürgerbegehren nicht zuzutrauen.

WER NICHT HÖREN WILL, WIRD MIT VOLKSBEGEHREN VON BIS ZU ZWEI JAHREN BESTRAFT

Für diese Einschätzung hatte die CDU ein Jahr gebraucht. Mittlerweile war es Herbst 2006. Es blieb nur noch ein Weg: Das Volksbegehren »Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen«. 200.000 Thüringer mussten überzeugt werden, zehn Prozent aller Stimmberechtigten. Am 4. August 2008, nach vier Monaten Unterschriftensammlung, wurden 250.982 Blatt Papier zu einer Demokratie-Spirale aufgebaut. Auf jedem Bogen eine unverwechselbare Unterschrift. Wertpapiere für die Demokratie. »Von jetzt an ist eine Reform der Bürgerbegehren nicht mehr von der regierenden CDU abhängig. Wir haben uns das Recht auf Volksentscheid erkämpft«, so meinten und verkündeten wir. So steht es in der Thüringer Verfassung. Und Verfassung ist Verfassung. Theoretisch. Praktisch sollte es anders kommen.

DIE SCHWACHSINNIGE WELTNEUHEIT: AMTSEINTRAGUNG FÜR BÜRGERBEGEHREN

Schon während der Unterschriften-

geschrieben, manche aus Bayern kopiert – bis auf einen Unterschied: Die Art der Unterschriftensammlung. Hier nämlich wollte die CDU die freie Unterschriftensammlung abschaffen und die Amtseintragung einführen. Weltweit kennen wir kein Beispiel dafür, dass Bürger für eine Unterschrift unter ein Bürgerbegehren aufs Rathaus gezwungen werden. Aber keine Panik, beruhigten wir uns, dann wird wohl die CDU ihren Gesetzentwurf beim Volksentscheid mit zur Abstimmung stellen. So sieht es die Verfassung vor, wenn das Parlament einen alternativen Vorschlag macht. Wird sich zeigen, was die Menschen bevorzugen. – Wieder falsch gedacht, wieder eine Enttäuschung. Am 23. Oktober 2008 wurde unser Volksbegehren nach Prüfung aller Unterschriften von der Landtagspräsidentin offiziell für erfolgreich erklärt. Am 8. Oktober – zwei Wochen vorher – beschließt die CDU-Fraktion im Landtag mit ihrer Mehrheit ihren Gesetzentwurf. Am Volksbegehren vorbei. An der Verfassung vorbei. Besonders fatal: Selbst wenn es zum Volksentscheid über unseren Gesetzentwurf kommt und die Menschen für unsere Ideen stimmen, ist die Amtseintragung nicht mehr zu neutralisieren. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens nämlich sagt nichts zur Art der Sammlung. Wir haben ein Änderungsgesetz geschrieben und wollten die Art der Sammlung ja eben nicht ändern. Die

DIE BÜRGER GEHEN AUFRECHT (UND DIE CDU IN DIE KNIE)

Währenddessen wird im Landtag das Volksbegehren aufgerufen. Eine große Anhörung, bei der es weniger um die Forderungen von »Mehr Demokratie«, mehr um das Vorgehen der CDU geht. Daneben: Gespräche mit der CDU, die verhandeln will, dem Volksbegehren zustimmen, sogar die freie Sammlung zurückgeben würde, wenn wir einzelne Punkte aus dem Gesetzentwurf brechen. Das Bündnis sagt Nein: Was mehr als 250.000 Thüringerinnen und Thüringer unterschrieben haben, ist nicht verhandelbar! Monatelang Funkstille. Zehn Tage bevor das Volksbegehren abschließend im Parlament beraten werden soll, gibt es einen neuen Anlauf für eine Einigung. Schließlich bieten die Oppositionsfraktionen und das Bündnis die Rücknahme ihrer Klagen an, wenn die CDU das Volksbegehren annimmt und mit einem Begleitgesetz die freie Sammlung wieder einführt. Und genau das passiert. Am 3. April 2009 gehen im Plenarsaal wieder die Hände für eine Reform der direkten Demokratie in die Höhe. Bis auf drei Stimmen aus der CDU-Fraktion: Zustimmung. Angenommen. Kaum fassbar, aber wird sind am Ziel. Nach mehr als zehn Jahren Arbeit schlägt Thüringen, das grüne Herz Deutschlands, bürgerfreundlich. Zwei Volksbegehren hat es in Thüringen bisher gegeben, beide vom »Mehr

Gruppen gegründet, die Sammlung organisiert und sich über die Maßen engagiert. 2.000 Aktive haben Unterschriften gesammelt, darunter fast hundert aus anderen Ländern. 250.982 Menschen haben mit ihrer Unterschrift der Reform Flügel verliehen- und Demokratiegeschichte geschrieben.

Mit einer Handreichung zur direkten Demokratie in Thüringer Kommunen stellt das »Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen« die seit 7. Mai 2009 geltenden neuen Regeln für Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Einwohnerantrag vor. Die 18-seitige Broschüre beschreibt das Verfahren von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Auch Tipps für die Organisation eines Bürgerbegehrens werden gegeben. Das Heft enthält zudem einen Auszug aus der aktuellen Thüringer Kommunalordnung, wo Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Einwohnerantrag geregelt sind.

Die Handreichung kann gegen Einsendung von 0,85 Euro in Briefmarken (Porto für Büchersendung) bestellt werden beim »Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen«, Prellerstr. 8, 99817 Eisenach.

Sie steht außerdem auf der Internetseite www.thueringen.mehr-demokratie.de zum Download bereit. ■

Wie weiter im Kampf gegen Rechtsextremismus?

Zivilgesellschaftliche Positionen zur Zukunft der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus

AUTOREN-KOLLEKTIV

Täglich ereignen sich laut Verfassungsschutzbericht 2008 in Deutschland drei rechts-extreme, antisemitische oder rassistisch motivierte Gewalttaten. Jeder dieser Angriffe richtet sich gegen Menschen, die nicht in das Weltbild von Rechts-extremisten passen. Die Angegriffenen sind Migrant/innen, nicht-rechte Jugendliche, Flüchtlinge, Obdachlose, engagierte Kommunalpolitiker/innen und Gewerkschafter/innen. Sie werden verletzt, ihrer wirtschaftlichen Existenz durch Brandanschläge beraubt und oftmals verändert ein rechtsextremer Angriff ihr Leben für lange Zeit. Zudem sind wir in diesem Jahr – wie auch in den Jahren zuvor – erneut mit der tödlichen Dimension rechter Gewalt konfrontiert: In Dresden starb die schwangere Marwa E. S., weil sie im Weltbild eines rassistischen Gewalttäters kein Recht auf ein Leben in Deutschland haben sollte.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und die Stärkung demokratischer Kultur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Wandel in der rechtsextremen Szene – mit einer zunehmenden Betonung von parteipolitischer und parlamentarischer Arbeit einerseits und einer wachsenden Gewaltbereitschaft in sozialen Netzwerken und Kameradschaften andererseits – stellt sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die gesamte demokratische Gesellschaft in Deutschland vor neue Herausforderungen. Dies umso mehr, als Umfragen eine Zunahme von menschenfeindlichen Einstellungen in weiten Teilen der Gesellschaft feststellen.

In den letzten zehn Jahren sind viele der erfolgreichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus lediglich zeitlich begrenzt projekt- und programmabhängig gefördert worden. Dabei hat sich gezeigt, dass die traditionellen ordnungspolitischen Maßnahmen ergänzt werden müssen um eine niedrigschwellige, unabhängige und

aufsuchende Arbeit gegen Rechtsextremismus. Im Dezember 2010 enden die Bundesprogramme »kompetent. für Demokratie« und »VIELFALT TUT GUT«. Deswegen ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um über die Weiterentwicklung der Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus zu diskutieren, sie zu verstetigen und finanziell besser auszustatten.

GESELLSCHAFTLICHE DEMOKRATIEOFFENSIVE STARTEN

Eine erfolgreiche Arbeit gegen Rechtsextremismus benötigt dauerhafte Ansprechpartner/innen und Initiativen, die vor Ort sind und Prozesse anstoßen und langfristig begleiten. Wichtig ist daher die Verstetigung der bewährten Projekte durch eine langfristige und verlässliche Förderung auf Bundesebene. Dabei sind transparente Qualitätskriterien heranzuziehen, die auf den Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Praxis und wissenschaftlicher Expertise sowie den Ergebnissen der Begleitforschung der vergangenen Jahre beruhen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, im parlamentarischen Rahmen für eine weiterführende Diskussion eine Demokratie-Enquete im nächsten Bundestag einzurichten.

Die erfolgreiche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus kann langfristig nur durch eine umfassende Demokratieoffensive der gesamten Gesellschaft bewältigt werden. Demokratische Werte wie Gleichheit, Freiheit und Menschenwürde müssen für alle Menschen konkret erfahrbar gemacht werden, um von allen angenommen und verteidigt zu werden.

ARBEIT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS STÄRKER LOKAL VERANKERN

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus muss insbesondere in den Kommunen geführt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung, Kommunalpolitik, engagierter Bürgerschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren auf gleicher Augenhöhe sollte unbedingt verstärkt werden. Eine finanzielle Unabhängig-

keit aller zivilgesellschaftlichen Akteure von den kommunalen Ebenen muss gewährleistet sein. Darüber hinaus ist die Entwicklung von Leitbildern für eine menschenrechtsorientierte Kommune in Gemeinden und Städten gemeinsam mit Bürger/innen nötig. Vorbild dafür könnte die im Jahre 2000 verabschiedete »Europäische Charta zum Schutz der Menschenrechte in der Stadt« sowie deren »Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus« sein.

IN DIE DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT INVESTIEREN

Zentral bei der langfristigen Bekämpfung von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit sind die lokalen, zivilgesellschaftlichen Initiativen. Partizipation und Mitgestaltung von demokratischen Prozessen müssen deshalb durch Gemeinwesenarbeit unterstützt und befördert werden. Dafür ist die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Ost- und Westdeutschland nötig: Bürgerinnen und Bürger zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ermutigen, sie an konkreten Entscheidungsprozessen beteiligen, ihr Engagement anerkennen, lokale Initiativen und Bündnisse bei Aktivitäten stärken. Beim aktuellen Bundesprogramm zeigen sich gerade hier Schwächen. Zivilgesellschaftliche Akteure sind in Problemregionen ohne bzw. mit zu wenig finanziellen Mitteln ausgestattet. Ein eigenes Bundesprogramm in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Aktionsfonds in den Ländern kann dem entgegenwirken. Neue Beteiligungsformen, wie z.B. Demokratieaudits und Open Spaces, können hier integriert und ihre Anwendung in den Kommunen unterstützt werden.

POLITISCHE BILDUNG UND PRÄVENTION VERSTÄRKEN

Angebote der politischen Bildung sowohl für Jugendliche als auch für Erwachsene sind essentiell für die Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus. Denn rechtsextreme Einstellungen sind kein Jugendproblem. Politische Bildungsangebote sollten alle Formen von Demokratiefeindlichkeit thematisieren und

deren Erscheinungsformen sowohl in der Mehrheitsgesellschaft als auch in Migrant/innen-Communities bearbeiten. Insbesondere an Schulen und im Internet als zentrale Orte der Bildung müssen außerschulische Bildungsangebote langfristig angelegt und dauerhaft gefördert werden, um eine couragierte, demokratische Kultur zu etablieren. Zudem benötigen auch Verwaltungen, Polizei und andere Regeldienste für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ausreichende Kapazitäten und inhaltliche Unterstützung durch zivilgesellschaftliche Fortbildungsangebote. Schließlich ist für die Projekte eine Vollfinanzierung im Rahmen eines nachhaltig angelegten Bundesprogramms notwendig, da eine kurzfristige Teilfinanzierung Gefahr läuft, im Interesse der weiteren Förderer (etwa der Länder) prestigeträchtigen Projekten den Vorzug zu geben.

BERATUNGSSTRUKTUREN IN OST UND WEST SICHERN

In den vergangenen acht Jahren hat sich gezeigt, dass die professionelle Unterstützung und Beratung von Betroffenen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt unverzichtbar ist. Denn die Betroffenen und ihre Angehörigen – die aus allen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen kommen – nehmen die staatliche Förderung der Opferberatungsprojekte als Anerkennung ihrer besonderen Opfererfahrung wahr. Nach Ansicht von sozialwissenschaftlichen Studien und politisch Verantwortlichen haben sich auch die Mobilen Beratungsteams als hochwirksam erwiesen. Die erarbeiteten Qualitätsstandards zielen darauf, langfristige Beratungsprozesse gegen Rechtsextremismus und zur Demokratiestärkung vor Ort anbieten zu können. Die Ausrichtung und Professionalität der ostdeutschen Projekte in freier Trägerschaft haben Vorbildcharakter für die zukünftig zu finanzierenden bundesweiten Beratungsangebote. Eine Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Opferberatungsstrukturen auf Westdeutschland ist dringend notwendig. Um die Kontinuität der langjährigen Arbeit auf fachlich hohem Niveau fortzuführen, bedarf es auch in Zukunft der Bereitstellung ausreichender Mittel durch die Bundesebene in gemeinsamer Verantwortung und Strategie mit den Ländern. Außerdem werden die zivilgesellschaftlichen Partner als lokale Anker benötigt, um die Arbeit der Projekte vor Ort zu implementieren und langfristig weiterzuentwickeln. ■



Liste der Unterzeichner/Innen (in alphabetischer Reihenfolge)

- Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Schleswig-Holstein e.V.
- Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
- Amadeu Antonio Stiftung (BAGD)
- Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes Berlin Brandenburg
- AUFANDHALT e.V.
- Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG), Braunschweig
- Beratungsnetzwerk Rechtsextremismus (RB Arnsberg)
- Bildungsbausteine gegen Antisemitismus (BAGD)
- Bildungsteam Berlin Brandenburg e.V.
- Bürger.Courage e.V., Dresden
- Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur Jugendarbeit und Schule e.V.

- Friedenskreis Halle e.V.
- Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster
- Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
- Gewalt Akademie Villigst
- Honestly Concerned e.V.
- Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
- Kulturbüro Sachsen e.V. - Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband e.V. (BAGD)
- Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.
- Laut gegen Nazis e.V.
- Lobbi e.V., Landesweite Opferberatung in Mecklenburg-Vorpommern (BAGD)
- Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. (BAGD)
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, Berlin - ein Projekt des Vereins für Demokratische Kultur

- in Berlin (VDK) e.V. (BAGD)
- Mobile Beratung im RB Detmold in Trägerschaft des AKE-Bildungswerk e.V.
- Mobile Beratung im RB Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim)
- Mobiles Beratungsteam Brandenburg
- Mobiles Beratungsteam Hessen (BAGD)
- Mobiles Beratungsteam »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin
- MOBIT e.V. Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie - Gegen Rechtsextremismus, (BAGD)
- Netzwerk für demokratische Kultur e.V. Wurzeln (BAGD)
- Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (BAGD)
- Netzwerk für Demokratie und Courage, Sachsen-Anhalt e.V.
- Netzwerk Tolerantes Sachsen e.V. (BAGD)
- Opferberatung der RAA Sachsen e.V. (BAGD)

- RAA Berlin, Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (BAGD)
- RAA Dortmund, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien
- RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V. (BAGD)
- Rautenberg, Dr. Erardo Cristoforo, Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg
- Reach Out Berlin - Ariba e.V.
- Schule mit Courage - Schule ohne Rassismus, Bundeskoordination
- SOS-Rassismus-NRW im Amt für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche von Westfalen
- Thüringer Hilfsdienst für Opfer und Betroffene rechtsextremer Gewalt
- United - Verein für eine Gesellschaft ohne Rassismus e.V.
- ver.di Jugendbildungssätze Konradshöhe e.V. Zentralrat der Juden in Deutschland

Als ich fremd war

Das Junge Theater der Theater Nordhausen/Loh-Orchester Sondershausen GmbH arbeitet derzeit an einem neuen Projekt zum Lokalen Aktionsplan der Stadt Nordhausen zum Bundesprogramm »VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie«. Am 5. Dezember um 19.30 Uhr ist Premiere im Theater Nordhausen am 15. und 16. Dezember um 10 Uhr zeigt der Theaterjugendclub weitere Vorstellungen des Stücks »Als ich fremd war«. Das Theaterstück entsteht aus den Rückläufen zu einem Fragebogen, der vor den Ferien an die Nordhäuser Sekundarschulen und das Studienkolleg der FH Nordhausen ausgegeben wurde. Die Antworten der Schülerinnen und Schüler und der Studierenden, die allesamt anonym bei Bianca Sue Henne, der Leiterin des Jungen Theaters, eingingen, sind erstaunlich offen und wunderbar facettenreich. Dabei sind einige Antworten eher stichwortartig gehalten, andere spiegeln eine tief greifende Reflexion über die eigene Position, wieder andere berühren mit wenigen Worten. Im Folgenden lesen Sie erste Auszüge aus dem Stücktext, die uns das Junge Theater exklusiv zur Verfügung stellt.

BIANCA SUE HENNE

Ich habe einen Traum, IN DEM DIE MENSCHEN DIESER WELT WIEDER SOZIALER WERDEN UND VOM EGOISMUS ABKOMMEN.

Ich habe einen Traum, IN DEM ES MIR ENDLICH GELINGT, STOLZ AUF MICH SELBST ZU SEIN.

Ich habe einen Traum, IN DEM ICH EIN GUTES LEBEN FÜR MEINE FAMILIE SCHAFFEN KANN.

Ich habe einen Traum, IN DEM ICH BILL GATES BIN.

Ich habe einen Traum, IN DEM IN MEINEM LAND FRIEDEN HERRSCHT.

Ich habe einen Traum, IN DEM ICH SINGE UND SCHAUSPIELE.

ICH HABE EINEN TRAUM. ICH HATTE VIELE.

Stopp! Ich habe noch nie jemanden ausgeschlossen. Wieso auch? Ich wüsste keine Situation, in der ich das tun würde. Ich komme einfach mit jedem klar.

In der Schule bei einem Projekt, das ich nicht mit einer sehr guten Freundin machen wollte, habe ich sie bewusst ausgegrenzt, weil ich es alleine schaffen wollte. Ich habe mich zunächst schlecht gefühlt weil ich sie so vor den Kopf gestoßen habe, später dann war ich erleichtert, dass ich alleine arbeiten konnte. Als sie mir sagte, dass sie mit ihrer Aufgabe auch viel fröhlicher war, fühlte ich mich bestätigt in meiner Handlung und Denkweise.

Eigentlich schließen wir ja schon durch die Gruppenbildung andere aus, aber sonst bin ich eher ein Mensch der sich der Einzelgänger annimmt anstatt sie weg zustoßen.

Ich habe ganz bestimmt schon mal jemanden ausgeschlossen. Dabei fühle ich mich nicht wirklich gut und habe dann oder später Schuldgefühle.

Ja, ich habe schon jemanden ausgeschlossen, es war mir einfach peinlich, mit der Person etwas zu tun zu haben. Jetzt schäme ich mich dafür und kann nachvollziehen wie die Person sich gefühlt hat.

Man stelle sich das einmal vor: Es ist einem Menschen peinlich, mich zu treffen. Mit mir öffentlich in Erscheinung zu treten. Mich zu kennen. Er schämt sich, wenn er in meiner Gegenwart gesehen wird. Nicht gesellschafts-

denken, außerdem Eis essen, Bücher vor- und gegen lesen, Zeit zusammen verbringen, Sympathie, dumme Fragen stellen dürfen, ohne blöd angemacht zu werden, kleine Details des Alltags neu zu entdecken, Kritik üben zu dür-

es heißt für mich, dass immer jemand für mich da ist, der mich unterstützt. Allerdings möchte ich ihm auch eine Stütze sein. Ich habe eine beste Freundin, aber auch einen Bekanntenkreis. Ein Freund ist jemand, dem man vertraut, ihn kennt man viel besser als einen Bekannten. Ihm vertraue ich mehr Geheimnisse an. Ich denke, dass feste Freundschaften auf jeden Fall noch möglich sind. Jeder sehnt sich doch nach einem festen Halt und jemandem, der ihn immer versteht. Sie auf Dauer zu halten ist zwar schwer, da man sich verändert und neue Leute kennen lernt, aber es ist doch machbar.



Der Theaterjugendclub arbeitet in den Proberäumen des Jungen Theaters am Theaterstück »Als ich fremd war«

fähig. Misfits. Du bist mir peinlich. Du – bist mir peinlich. Du – bist – mir – peinlich. PEINLICH. PEINLICH. PEINLICH. PEIN. Dir peinlich? DIR? Wo liegt bei dir die Pein? Mir müsste es peinlich sein, dass du so ein ... bist. Ich trage die Pein, den Schmerz, die Verletzung. Weißt du eigentlich, wie verletzt ich bin?

[...]

Mit Freunden kann man alles teilen. Freundschaft bedeutet für mich, das nötige Vertrauen, Sympathie und Spaß zu haben. Das ist ganz wichtig. Ich habe langjährige Freundschaften und viele Bekannte.

Freundschaft bedeutet für mich, viele Interessen zu teilen aber nicht gleich zu

fen und kritisiert werden ohne eingeschnappt zu sein. Ja, ich habe einige sehr gute Freundinnen und zwei beste und unglaublich viele Bekannte.

Ich glaube nicht an Freundschaften! »Ein Mensch ist ein Tier und Tiere haben keine Freunde.«

Freundschaft braucht jeder von uns, das ist etwas zwischen zwei Personen, die einander Vertrauen und einander in schwierigen Situationen brauchen. Bekanntschaften sind eher unwichtig. Für mich bedeutet Freundschaft: Verständnis. Natürlich habe ich eine beste Freundin, mit ihr kann ich über alles sprechen. Ich denke und hoffe, dass Freundschaften für immer andauern.

Freundschaften sind mir sehr wichtig,

Ich habe über meine Freunde ein Geheimnis verraten. Nur durch die Liebe erkennt man die große Bedeutung des Hasses. No black, without white

Man kann jemanden nur hassen wenn man ihn vorher geliebt hat, ja, das stimmt, man braucht beide Seiten, um den Unterschied und jedes einzelne zu kennen. No black, without white

Es stimmt schon dass man ohne Liebe zu kennen nicht das gesamte Gegenteil davon fühlen kann, aber irgendwie ist Hass auch ohne Liebe möglich.

NO BLACK WITHOUT WHITE

[...]

DIALOG

A Natürlich gehe ich gern zur Schule, weil ich in meine Zukunft investiere. Aber in meiner Klasse fühle ich mich nicht wohl.

B Ich fühle mich in meiner Klasse gar nicht wohl.

A Ich kann mit meinen Eltern über alles reden, wir haben eine enge Beziehung.

B Nicht so eng! Ich finde es sehr schwer, wenn ich mit meinen Eltern etwas berede. OK, aber könnte besser sein wenn Geld da wäre.

A Mit meinen Eltern in die Stadt zu fahren und dort den ganzen Tag zu verbringen, hinterher auf dem Scho? von meinen Papa einzuschlafen.

B So war das früher. Meine Freunde und meine Familie bleiben und essen zusammen zu Hause.

A Sie unterstützen mich in allem, was ich mache. Ich freue mich immer darüber Verwandte, die ich selten sehe, zu besuchen.

B Ist alles nur auf gegenseitiges Ausnutzen aufgebaut, früher waren die Verbindungen stärker.

A Von meiner Mutter bin ich manchmal enttäuscht, weil sie mich nie fragt, wie mein Tag war, o. ä. Aber wir machen natürlich auch mal was zusammen.

[...]

WENN ICH EIN TIER WÄR', wär' ich ein Bär.

WENN ICH EIN TIER WÄR', wär' ich ein Hase, weil mein Freund mich immer so nennt.

WENN ICH EIN TIER WÄR', mag ich ein Wildpferd sein, weil sie unzähmbar sind, die Freiheit kennen und ihr Leben selbst bestimmen.

WENN ICH EIN TIER WÄR', wär' ich ein Wildschwein, weil ich so aufbrausend bin und gerne im Dreck anderer wühle. Hat mal eine Freundin zu mir gesagt.

WENN ICH EIN TIER WÄR', wär' ich ein Waschbär, weil ich eher ein ruhiger Typ bin aber dennoch flink. Manchen Leuten gehe ich auf den Wecker und manche freuen sich mich zu sehen.

WENN ICH EIN TIER WÄR', wär' ich ein Fisch, weil das mein Sternzeichen ist und es ein sehr schönes, göttliches Tier ist.

WENN ICH EIN TIER WÄR', wär' ich gern eine Schildkröte – die leben lang, vegetieren vor sich hin, haben keinen Stress, können nicht denken.

WENN ICH EIN TIER WÄR', wär' ich ein Pferd, weil ich schnell laufen kann.

WENN ICH EIN TIER WÄR', wär' ich ein Adler, weil ich dann über die Wolken fliegen könnte.

WENN ICH EIN TIER WÄR', DANN WÄR' ICH HUND, KATZE, MAUS.

WENN ICH EIN TIER WÄR', DANN WÄR' ICH EIN AFFE, EIN CHIMPANSE, GORILLA, PAVIAN.

WENN ICH EIN TIER WÄR', WÄRE ICH EIN VOGEL.

[...]

ALBTRÄUME

Gefangen, gebunden sein, nicht mehr leben zu können.

Als ich in Frankreich war, träumte ich, meine Freundin aus dem Waldsee als Leiche zu ziehen. Der Tod meiner Schwester aufgrund von Gehirnkrebs. Ich habe früher ab und an von einem Überfall geträumt, von Motten auf mich und meine Mutter. Aber im wahren Leben wäre wahrscheinlich das Schlimmste gewesen, wenn einer meiner wahren Eltern gestorben wäre. Das hätte ich nicht ertragen. Ich habe meine Schwester in einem Grab gesehen. Ich ging zur Hölle. Wie ich vor Soldaten weggelaufen bin.

[...]

ZUKUNFTSVISIONEN

Ich sehe eine erfolgreiche Zukunft mit einem guten Job. Vielleicht eine perfekte Familie mit 2 Kindern. Ein Haus mit Hund, nette Kollegen auf der Arbeit. Vieles kann man sich ja selbst erschaffen.

Ich sehe ein schönes Haus, Familie, das

ganze drum herum. Aber vor allem sehe ich, dass ich das erreicht habe, was mir möglich war und ich keine Chancen vergeudet habe.

Ich kehre zurück in meine Heimat mit einem sehr guten Zeugnis von einer deutschen Uni. In meiner Heimat habe ich eine gute Arbeit und einen netten Mann. Meine Eltern leben zufrieden und meine Kinder sind nett.

MONOLOGE

In der 5-6 Klasse wurde ich von Klassenkameraden gemobbt, aber das ist doch halb so wild. Man ist zwar verzweifelt, aber irgendwo steckt die Kraft es zu ändern. Im Freundeskreis von meinem Freund ist es ähnlich. Wenn du 16 bist und sie 23, kann man nicht so viel mitreden.

Es war bei einem Schüleraustausch in Frankreich. Ich wurde etwas gefragt, was ich aber nicht verstand und habe es dann auch nicht weiter beachtet. Das Gefühl war grauenvoll, ich war gekränkt, stellte mich selbst weiter ins Abseits. Später suchte ich Trost bei deutschen Freunden. Am Abend packte mich dann der Ehrgeiz und ich nahm das Wörterbuch, damit so etwas nicht noch einmal passieren konnte.

Als ich klein war, gab es nur Krieg. Es wäre besser gewesen, in Freiheit zu leben. ■

Die NPD in Nordthüringen

Eine kleine Bestandsaufnahme

Am Abend des 30. August 2009 war ein deutliches aufatmen in Thüringen zu vernehmen. Nicht bei allen, aber bei vielen. Nein, nicht weil die CDU ihre Alleinherrschaft verliert, sondern weil die NPD den Einzug in den Thüringer-Landtag verpasst, zwar knapp aber immerhin. Dass das Problem NPD dadurch nicht vom Tisch sein wird, sollte klar sein. Zum einen, weil die NPD im Juni bei den Kommunalwahlen in etliche Kommunalparlamente einziehen konnte und zum anderen, weil die NPD während des Landtagswahlkampfes gezeigt hat, dass sie a) wohl über deutlich mehr Stammwählerpotential verfügt, als angenommen und b) eine kampagnenfähige Partei ist, die es mit populistischen Parolen und Themen schafft ihre Anhänger zu mobilisieren. Die Kommunal- und Landtagswahl liegen hinter uns, die Bundestagswahl steht noch aus. Zeit für einen Blick auf die kommunalen Wahlergebnisse der NPD.

ROLAND MEIXELSBERGER

Als die Thüringer Landes-NPD im Februar ihre Listen zur Landtags- und Bundestagswahl bekannt gab, war dies der Startschuss für die Kreisverbände. In den darauf folgenden Wochen gaben die Kreisverbände ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die jeweiligen Stadtrats- bzw. Kreistagslisten bekannt. Wenig später kämpften die NPD-Kreisverbände um jede Unterstützerunterschrift um zur Kommunalwahl

zugelassen zu werden. Mit Erfolg.

DER KOMMUNALWAHLKAMPF

Am 07. Juni 2009 standen im Landkreis Eichsfeld 8, im Kyffhäuserkreis 4 und im Kreis Nordhausen 6 NPDler zur Kreistagswahl. Hinzu kamen die Stadtratswahlen in der Stadt Nordhausen, sowie Stadt Sondershausen, wo 5 in Nordhausen und 3 in Sondershausen auf den NPD-Listen zur Wahl standen. Der geführte Wahlkampf war klar von Plakatierungen, Verteilaktionen von Wahl-Flyern und dem ein oder

anderen Info-Stand gekennzeichnet. Ein offenes Agieren und Argumentieren war kaum bis gar nicht zu beobachten, zu sehr waren die NPD-Kandidaten darauf bedacht das »Sauber-und Biedermann-Image« zu wahren.

Mit Sprüchen wie »Thüringen wählt deutsch!« oder »Bürgerzorn in den Kreistag« wurden Plakate fast flächendeckend an Laternen aufgehängt. So, und mit kleinen Info-Tischen, versucht die NPD, sich als »Die Heimatpartei« darzustellen. Sie will damit in der ländlich geprägten Region die vermeintlich einfachen und von der Demokratie enttäuschten Wählerstimmen holen und koppelt ihre Argumente bewusst an Ängste und Nöte und versucht somit Vorurteile zu schüren und zu aktivieren.

Die demokratischen Parteien und VertreterInnen taten sich währenddessen schwer mit Inhalten und Auftreten der extrem rechten Partei. Was zum Einen auf ein mangelndes Wissen über die örtlichen NPD-Kader und deren Agieren wie einer fehlenden Auseinandersetzung mit den Inhalten der NPD zurückzuführen ist und zum Anderen zeigt, dass ihnen schlicht und einfach die Erfahrung im Umgang mit den extrem rechten Abgeordneten fehlt.

Mit dem erfolgten Einzug in alle drei genannten Kreistage und in die zwei Stadträte hat die NPD ihr Minimalziel

für Nordthüringen erreicht. Erfreulich ist hierbei einzig und allein der Fakt, dass es ihr nicht gelungen ist, in Fraktionsstärke jeweilig vertreten zu sein. Konkret bedeutet das: Thorsten Heise sitzt im Kreistag des Eichsfeldkreises, Patrick Weber und Steffen Herzog sitzen im Kreistag des Kyffhäuserkreises und im Landkreis Nordhausen sitzen für die NPD Roy Elbert und Ralf Friedrich im Kreistag. Ralf Friedrich konnte für Marco Kreutzer nachrücken, welcher auf seinen Platz verzichtete, da er für die NPD im Nordhäuser Stadtrat sitzt, ebenso wie Patrick Weber, nur dass dieser für die NPD im Sondershäuser Stadtrat anzutreffen ist. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das: im Eichsfeldkreis erhielt die NPD 3,3% der Stimmen aller Wahlberechtigten, im Kyffhäuserkreis waren es 3,9% Stimmen aller Wahlberechtigten und im Landkreis Nordhausen gaben 3,2% aller Wahlberechtigten ihre Stimme der NPD. In der Stadt Nordhausen konnte die NPD 3,1% und in der Stadt Sondershausen 3,4% Stimmen aller Wahlberechtigten hinter sich bringen.

Was jetzt nicht passieren darf, ist, dass man sich an die NPD in den Kommunalparlamenten gewöhnt. Dafür ist neben dem zivilgesellschaftlichen Engagement eine klare politische Aussage nötig wie wichtig – ebenso wie eine Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit mit den extrem rechten Abgeordneten und der NPD. ■

Die NPD und der Kampf um die Parlamente

Bei den Kommunalwahlen im Juni konnte die NPD 26 Mandate in Stadträten und Kreistagen erringen. Dieses Ergebnis blieb zwar hinter den Erwartungen der rechtsextremen Partei zurück, zeigt aber im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2004, bei denen rechte Parteien insgesamt nur 3 Mandatsträger stellten, eine erhebliche Steigerung. Die Landtagswahlen in Thüringen waren auch für den Bundesvorsitzenden der rechtsextremen Partei, Udo Voigt, von enormer Bedeutung, da er einen Erfolg brauchte, um seine Position zu sichern.

FELIX M. STEINER

Die NPD war zuletzt wegen Finanzskandalen in Erscheinung getreten. Der ehemalige Schatzmeister der Partei, Erwin Kemna, hatte ca. 75.000 € aus der Parteikasse veruntreut. Bis heute liegt die Vermutung nahe, dass mehrere Personen daran beteiligt waren, da auch in der NPD das Vier-Augen-Prinzip gilt, also ein Schatzmeister eigentlich nicht über solch große Summen allein entscheiden kann. Kemna wurde mittlerweile rechtskräftig wegen Untreue verurteilt. Diese Vorkommnisse hatten Voigt als Vorsitzenden stark beschädigt, da Kemna ein guter Freund des Parteivorsitzenden war. Aber auch Voigt selbst war auf dem Parteitag im April 2009 stark angegriffen worden, weil er für sich und seine Sekretärin ein Privatdarlehen aus der Parteikasse entnommen hatte. Dies in einer Phase, in der die NPD aus Geldmangel

bereits Angestellte entlassen musste. Voigt wurde trotz aller Geschehnisse auf dem Parteitag im Amt bestätigt. Die Nutzung von Parteigeldern als Privatdarlehen rechtfertigt er bis heute. So sagte Voigt auf Nachfrage: »Das ist alles weit und ausläufig auf dem Parteitag besprochen worden. Das ist der Untersuchungskommission erklärt worden und es gibt keine Unterschlagungen, es ist jeder Cent zurück bezahlt worden und ich habe mir keine Vorwürfe zu machen, auch die Untersuchungskommission tut das nicht und die Delegierten taten es auch nicht.« Trotzdem bleibt bei vielen Parteimitgliedern ein fader Nachgeschmack zurück und aus rechten Kreisen heißt es, Voigts Verbleib als Parteivorsitzender hänge stark von den Ergebnissen im Superwahljahr 2009 ab. Gerade deshalb braucht auch Voigt den Wahlerfolg in Thüringen.

Diese Vorkommnisse rund um den

Bundesvorsitzenden und die enge Verbindung zwischen ihm und dem Landesvorsitzenden der Thüringer NPD, Frank Schwerdt, erklärt wohl auch die erhebliche Finanzspritze, welche der Thüringer Landesverband für den Wahlkampf bekam. Insgesamt hatte die NPD in Thüringen 160.000 € zur Verfügung, mehr als jeder andere Landesverband, welcher dieses Jahr Wahlkampf führen musste. Der Brandenburgische Landesverband, welcher nach dem Bündnisbruch (»Deutschlandpakt«) mit der DVU zur Landtagswahl antrat, hatte deutlich weniger Geld zur Verfügung. Diese Tatsache ermöglichte der NPD zur Landtagswahl in Thüringen finanziell eine gute Ausgangsposition. In einem vierphasigen Wahlkampf wurden landesweit 40.000 Plakate, 1.000.000 Zeitungen, 800.000 Handzettel und Broschüren sowie 50.000 Jungwählerflugblätter verteilt. Die Strategie war und ist klar: man will sich bürgernah und biedermännisch geben, um Wählerstimmen zu gewinnen. Außerdem versucht die NPD immer wieder ihre Ideologie bei Jungwählern zu verbreiten, indem CDs oder Comics gezielt vor Schulen verteilt werden.

Dieses Vorgehen der NPD hat in Mecklenburg-Vorpommern und Sach-

sen bereits zu einer Verankerung in der Bevölkerung geführt, welche sich in hohen Wahlergebnissen niederschlägt. Auch wenn das Ergebnis bei den Sächsischen Landtagswahlen gerade für den Wiedereinzug reichte, gibt es Regionen, in denen die NPD fest verankert ist. Als Beispiel, die Regionen Sächsische Schweiz, wo die NPD mit 11,8 % die drittstärkste Partei ist.

Über die kommunalen Parlamente und zivilgesellschaftliche Organisationen, wie freiwillige Feuerwehren, versuchen die Rechtsextremisten sich lokal zu etablieren, um so auch in die Landesparlamente und schlussendlich den Bundestag einzuziehen. Der Verfassungsschutz weist seit Jahren auf diese Strategie hin. So heißt es in einem Beitrag auf der Homepage des Thüringer Verfassungsschutzes: »In den neuen Bundesländern sind die Partei und ihre Verbündeten besonders im ländlichen Raum einen Schritt weiter. Hier geht es ihnen darum, durch Infostände, Kinderfeste, »Bürgerberatung« oder Mitwirkung in Sport- und Freizeitvereinen den Eindruck einer völligen Normalität der Präsenz des Rechtsextremismus zu erwecken. Diese »Normalisierungsstrategie« folgt örtlichen und landesweiten Wahlerfolgen.« In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ging dieses Konzept bereits auf und die NPD zog erstmals in ihrer Geschichte zum zweiten Mal in Folge in einen Landtag ein.

In Thüringen waren die Kommunalwahlen ein erster Schritt Richtung Landtag. Bei der Aufstellung der Liste zur Landtagswahl wurde stark auf die Auswahl der Kandidaten geachtet, damit man während des Wahlkamp-

Kulturelle Bildung & Spiele

Der schmale Grat zwischen Lernen und Manipulation

SABINE REICH

DAS SPIEL

»Das Spiel ist eine Tätigkeit, die ohne bewussten Zweck zum Vergnügen, zur Entspannung, allein aus Freude an ihrer Ausübung ausgeführt wird. (...) Gleichwohl ist das Spiel eine der bedeutendsten Möglichkeiten kindlicher Förderung (...).« [1] In diesen und vielen weiteren Ausführungen zum Thema Spielen wird deutlich, welchen immensen Einfluss das Spiel auf die Entwicklung des Menschen hat. Dabei hat Spielen immer etwas mit Lernen, aber in bestimmten Zusammenhängen auch mit Manipulation zu tun.

Colorful Games

Im Rahmen des Bundesprogramms »VIELFALT TUT GUT – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« gestaltet der Kreisjugendring Nordhausen das Projekt Colorful Games. Hier

bei steht genau das Spielen als Lernform im Vordergrund. Mitreißende und außergewöhnliche Spielgeräte sollen nicht nur Kinder, sondern ebenso Jugendliche und Erwachsene motivieren, sich mit sich selbst und ihrer Umwelt kritisch auseinanderzusetzen. Dabei kommt es nicht nur darauf an, die eigenen Grenzen zu überwinden und sich einfach einmal auf etwas Neues einzulassen, sondern es ist ebenso Mut gefragt andere Mitspieler um Hilfe zu bitten oder sich auf Neues einzulassen. So zum Beispiel beim Sumo-Ringen. Hier sollen eben nicht Aggressionen geschürt werden, sondern im gegenseitigen Kontakt kann jeder Jugendliche erproben, wie schnell man mit zuviel Einsatz oder zu wenig Energie ein funktionierendes Miteinander gefährden kann. Dabei stellt sich meist schnell ein Gefühl für das richtige Nähe-Distanz-Verhältnis ein. Nicht zuletzt ist diese fernöstliche Kampfsportart seit dem 12. Jh. verbunden mit

zahlreichen jahrhundertalten Regeln und Zeremonien. Diese besagen sehr viel zum Thema des Respekts gegenüber dem Gegner und der Philosophie des Kräftermessens und nicht des aggressiven Schadens. In dieser sowie anderen Sportarten der Colorful Games sollen Jugendliche erfahren, dass man sich auf sinnvolle Weise auspowern und sich selbst etwas beweisen kann. Dafür sind weder Prügeleien auf Parkplätzen noch das krawallmäßige Stören von Fußballspielen oder anderen Veranstaltungen nötig. Kombiniert mit Rätselaufgaben oder prägnanten Schlagwörtern schleichen sich somit zunächst auf »leisen Sohlen« auch die interkulturellen Lerninhalte in die Köpfe der »Spieler«. Denn fast jedes Spiel wird irgendwo auf der Welt in besonderer oder abgewandelter Weise gespielt und verbindet uns über tausende von Kilometern. Gemeinsames Backgammon spielen in türkischen Gässchen, Streetball in Manhattan

oder »Verstecken« in einer balinesische Klosterschule – spielen begleitet überall auf der Welt die Menschen und ihre täglich lernende Entwicklung.

MANIPULATION

Was ist aber gemeint, wenn von einem schmalen Grat zwischen Lernen und Manipulation gesprochen werden kann? »Allgemein ist Manipulation ein Begriff aus der Psychologie, Soziologie und Politik und bedeutet: die gezielte und verdeckte Einflussnahme, also sämtliche Prozesse, welche auf eine Steuerung des Erlebens und Verhaltens von Einzelnen und Gruppen zielen und diesen verborgen bleiben sollen.« [2]

Dies machen sich Lehrer zu nutze, in dem sie die ggf. zunächst für Schüler ungeliebte Rechenaufgabe in einen geschickten »Bankhüpfwettbewerb« umwandeln. Und auch bei den Colorful Games sollen gerade die Spielgeräte zunächst motivieren überhaupt etwas auszuprobieren. Erst in einem weiteren Schritt kommen entsprechende Lerninhalte dazu.

Diesen verdeckten Einflussnahmen kann sich niemand entziehen. Eine Hausfrau nicht, wenn sie einen Putzmittelwerbespott verfolgt. Eine Schüler nicht, wenn er das neuste Playstation-Spiel in einem Schaufenster sieht. Und

fes keine bösen Überraschungen erlebt. Diese Vorsicht war aufgrund des Anspruchs eines flächendeckenden Antritts bei den Kommunalwahlen nicht durchzuhalten. In Greiz stand der Neonazi Norman Wilkens auf der Liste der NPD, welcher erst 2003 zu vier Jahren Haft verurteilt wurde, weil er an einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft beteiligt war. Bei der Liste für die Landtagswahlen war die NPD wesentlich vorsichtiger.

Der Spitzenkandidat war Frank Schwerdt, Vorsitzender der NPD-Thüringen. Schwerdt stammt eigentlich aus Berlin und ist erst seit einigen Jahren in Thüringen. Der 64-Jährige Vermessungsingenieur ist bereits seit den sechziger Jahren politisch aktiv. Sein Werdegang begann Ende der sechziger bei der NPD und verlief von der CDU über die Republikaner wieder zurück zur rechtsextremistischen NPD. Auch das Vorstrafenregister des Spitzenkandidaten ist umfangreich. Bereits Ende der neunziger Jahre wurde Schwerdt unter anderem wegen Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung verurteilt. Zuletzt war Schwerdt nochmals wegen Volksverhetzung und Beleidigung zu zehn Monaten Bewährung verurteilt worden, weil er mitverantwortlich für einen Flyer war, der den deutschen Nationalspieler Patrick Owomoyela diskriminierte.

Die Rechtsextremismusexpertin Martina Renner beschäftigt sich seit Jahren mit der rechten Szene in Thüringen. Sie sieht Schwerdt »immer am Rande zur Volksverhetzung, zum Rassismus

und Antisemitismus« und ordnet den Spitzenkandidaten klar dem neonazistischen Flügel innerhalb der NPD zu. So verteidigt Schwerdt auf seiner Homepage den Holocaustleugner und Antisemiten Horst Mahler, der vor kurzem zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt wurde, weil er in einer Vielzahl von Fällen den Holocaust geleugnet hatte. Mahler selbst beginnt gerne mal, wie 2007 geschehen, ein Interview mit dem Hitlergruß. Frank Schwerdt springt dem Antisemiten Mahler zur Seite und bezeichnete die Urteile wegen Holocaustleugnung als zu Recht angreifbar. Doch von diesen Themen distanziert sich die NPD im Wahlkampf und bei ihren Informationsmaterialien. Hierzu findet sich nichts auf Wahlkampfplakaten. Noch 2005 hatte Frank Schwerdt gegenüber dem ARD-Magazin Kontraste auf die Frage, ob der »Nationale Sozialismus«, den die NPD vertritt, Nationalsozialismus ist, gesagt: »Man kann das so bezeichnen.«

Der Verfassungsschutz Thüringen beobachtet eine Hinwendung zu sozialen Fragen seit Mitte der neunziger Jahre. So heißt es im Verfassungsschutzbericht: die NPD »bietet für diese Themen populistische Lösungen an, die soziale Fragen mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Vorstellungen verbinden.«

Neben dem Aufgreifen sozialer Themen bemüht sich die NPD auch um eine vorsichtige Auswahl von Kandidaten. Die Expertin Renner geht davon aus, dass sich die NPD gezielt darum bemüht hat, »offen bekannte Straftäter

von Spitzenplätzen der Landtagswahlliste« fernzuhalten, um das gemäßigte Image nicht zu verlieren. So finden sich auch zahlreiche junge Kandidaten, die zwar seit Jahren in rechten Szene aktiv sind und teilweise vom Verfassungsschutz beobachtet werden, aber eben keine Vorstrafen haben.

Gleichzeitig macht die Expertin darauf aufmerksam, dass bei einem Einzug der NPD davon auszugehen ist, dass Personen, wie Patrick Wieschke, Pressesprecher der NPD-Thüringen, als Mitarbeiter im Landtag beschäftigt sein würden. Wieschke gehört zu den Mitgliedern, die man nicht auf die Wahllisten setzte. Der Neonazi seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet und war im Mai 2002 u.a. wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und einer Sachbeschädigung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. Wieschke war es auch, der für die Pressemitteilungen verantwortlich war, welche das CDU-Mitglied Zeca Schall auf rassistische Weise diskriminierten. So bezeichnete Wieschke den Thüringer als »CDU-Quoteneger« und schrieb, »daß Neger trotz jahrelanger Umerziehung im Freistaat noch immer nicht als Dauer Gäste akzeptiert werden.« Durch diese Kampagne offenbarte die NPD, welche Ideologien eigentlich hinter dem bürgerlichen Auftreten verborgen sind. Den Höhepunkt erreichte die rassistische Kampagne, als im Eichsfeld ein schwarz angemaltes NPD-Mitglied als »Freitag« durch die Straßen lief. Dies mit einem Wahlplakat um den Hals, auf dem zu lesen war »Heimreise statt

Einreise!« und in Begleitung des Spitzenkandidaten Schwerdt.

Die politischen Einstellungen, an welche die NPD anknüpft, sind in Thüringen vorhanden. So konstatiert der Thüringen-Monitor 2008, eine Erhebung der Universität Jena, ein Potential von 16 % rechtsextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Die NPD schaffte es nur bedingt dieses Wählerpotential zu mobilisieren. Auch wenn ihr diesmal der Einzug in den Thüringer Landtag verwehrt blieb, so kann nicht ausser Acht gelassen werden, dass sie jetzt 5 Jahre die Zeit und die Möglichkeit hat, sich in den vertretenen Kommunalparlamenten zu etablieren, ihre Struktur(en) auszubauen und sich weiter in der »Mitte der Gesellschaft« zu verankern. Dass dies nicht ohne Aufklärungsarbeit zu verhindern ist, macht die Rechtsextremismusexpertin Martina Renner deutlich. Sie geht davon aus, dass ohne die nötige Aufklärung und das Engagement zivilgesellschaftlicher Vereine, die NPD in Thüringen weiter Fuß fassen könnte. Gerade Initiativen gegen Rechts, wie diese in einigen Thüringer Städten schon vorhanden sind, bilden einen wichtigen Bestandteil in der Auseinandersetzung mit der NPD.

Seit dem 31. August ist klar, wie die Thüringerinnen und Thüringer sich entschieden haben, die NPD hat den Sprung in ein weiteres Parlament nicht schaffen können, doch hat sie mit 4,3% Stimmen aller Wahlberechtigten in Thüringen ihren Anteil nahezu verdreifacht. ■



Spielende Sumoringer, manipulierte Körpermasse

vielleicht auch der eine oder andere Bürger unserer Stadt und des Landkreises nicht, wenn er die knallbunte, mit reißerischen Titeln aufgemachte NPD-Wahlwerbezeitung sieht. Denn bereits unser Auge spielt gern mit Farben und Formen. Und bei eingängig kurzen Floskeln, die vielleicht noch frech und provokant daher kommen,

kann sich auch unser Gehirn nicht verwehren ein wenig damit zu »spielen«. Und hier setzt Manipulation an, sie nutzt die naturgegebene Offenheit und Aufmerksamkeit unseres Körpers und kombiniert politische und gesellschaftliche Themen, die ganz sicher dem ein oder anderen »auf dem Herzen liegen«, zu einem gefährlichen meinungsbilden-

den Cocktail. Wer wünscht sich nicht bessere Unterstützung der Jugend, mehr Arbeitsplätze, bessere Verhältnisse für Familien, effektivere politische Entscheidungen (...) – all das wird über die bereits vorgestellten spielerischen Kanäle suggeriert. Bunte Wahlaufkleber, tolle & praktische Werbebesenke, »flotte« Sprüche und ganz viel geheucheltes Verständnis, für jede Lebenslage – das sind die Spielgeräte mit denen die NPD die Bürger hinter Licht führen möchte. Und hier kommt kein Lehrer, der irgendwann einmal aufklärt und ehrlich sagt, was es mit dem Spiel eigentlich auf sich hat und welche Ideen dabei wirklich gelernt werden sollen. Die NPD nimmt Einfluss und steuert Meinungen, ohne ihre Wähler über die genauen Details zu informieren. Denn im Gegensatz zu einem Pädagogen, der am Fortschritt seines Schülers interessiert ist, möchte die »Rechte« in Deutschland lediglich die Stimmen der Bürger, um schließlich nicht unbedingt in deren Sinne ihre eigene Ideologie durchzusetzen.

AUFDECKEN VON MANIPULATION

Manipulation aufzudecken ist einfach und fordert oft nur ein wenig mehr Zeit und Gedanken, wenn man sich mit einer Idee oder Sache beschäftigt.

Mit den Colorful Games weist der Kreisjugendring auf diese manipulativen Verführungen hin und versucht, dem etwas entgegen zusetzen. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen hierbei aufgefordert werden, ihr eigener »Lehrer« zu sein. Dies bedeutet, sich kritisch mit dem auseinanderzusetzen, was auf eine Person zunächst verlockend wirkt, zu recherchieren und unabhängige Personen zu befragen, ob an vorgebrachten Argumenten etwas dran sein könnte oder nicht. Hier reicht häufig schon ein kurzer Blick ins Internet oder einen Gedankengang länger über etwas nachzudenken aus, um die manipulativen »Spielgeräte« z.B. der NPD ausfindig zu machen.

Ende des Spiels

Und wenn es um Politik, unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und letztlich auch eines ganzen Landes geht, spätestens dann sollte aufgehört werden zu spielen. Dann sollte es machbare, fundierte Entscheidungen geben, die von Menschen getroffen werden, denen eine demokratische, multikulturelle und vor allem fortschrittliche Gesellschaft wichtig ist. ■

[1] www.de.wikipedia.org/wiki/Spiel
[2] www.de.wikipedia.org/wiki/Manipulation

Wende- oder Wandelgang?

VON PETER KUBE

Stiller Wahlkampf. Na ja, es tönt schon noch ein bisschen. Kampf worum? Um Köpfe? Um Konzepte? Um Einsichten? Oder doch nur um Aussichten auf Sessel, Macht, Empfänge, Tribünen...

Der Reflektor. Nein – der Sensor. Der Kopf? Zu sehr gefüllt. Ein fühlendes Stimmungsbarometer ist in mir. Das Blatt vor mir ist leer. Lässt sich nicht alles, was wir wahrnehmen, wiederfinden in den Spalten der Gazetten, in den Kommentaren der seriösen oder blabla – Journalisten?

WANDEL ist kein Wort für den abendlichen Lustgewinn auf der Strand-Promenade oder glamourösen Medien-»Promenade«. Es ist der getauschte Vokal 20 Jahre nach der friedlichen WENDE*.

Plötzlich ein Sturm im Kopf. »Das Land ist still – noch« sang Wolf Biermann 20 Jahre vor der friedlichen Revolution (*Fremdwörterbuch DDR 1967: Revolution = grundlegende Wende).

Doch es war nichts still, nur lange leise und misstrauisch beäugt, zurückgezogen und

doch bestimmt, manchmal laut: »So kann das nicht gut- oder weitergehen.« Tickende Uhren in Herzen und Hirnen, deren eingestellter Zeitzähler seine Zeitdauer nicht ahnte.

Offene Türen (wo sie möglich waren) für die Sensoren, die ausgetickten Randgruppencombos und –fichten, die umarmt vom zensierenden Ideologiekraaken mehr zeigen wollten und aushalten mussten als die massegeschützt Aufwachsenden oder Mitlaufenden. Sie wollten augenscheinlich ungeliebt sein und schrieten doch nach Liebe beim Pogo im Bratwurstland, auf Sauf- und Rauf-touren, in versteckten oder offenen Zirkeln schreibender, singender Alternativer. Anzutreffen häufig in Kirchen, in überforderten, aber tolerierenden Normalbürgergemeinden. Sie klagten eine verrätene Idee an, siedelten selbst zu 33-99% in Utopia, fanden kein Heimatland und wollten doch zu Hause sein. Notfalls »wollten sie weg sein und (die meisten) blieben am liebsten hier« (frei nach W.B.) Legitimiert waren sie durch kein Gesetz als das des beherzt-wütend-mutigen oder verzagt-resignierenden Verstandes. Sie wollten nicht auf Direktiven warten. In ihnen eine Sehnsucht nach dem, was heute das Wort Wandel meint.

Und nicht vergessen – die kleinen Fascho-Gruppen bei Ballenstedt oder Berlin oder in markigen Landschaften. Das ist keine Gleichsetzung. Sie verrieten doppelt. Notfalls in eine verklärte Vergangenheit, unbewältigt, nicht wirklich bearbeitet.

WANDEL bezieht sich derzeit auf Werte-, auf Energie-, auf Paradigmen-, auf Konsum-, auf ... alle grundlegenden oder Not wendenden Verhaltensweisen. Und ihre Herausforderer sind... wo? Sind es die verbessernden weltrettenden einsichtigen Ökos und Linken und Lebensstilalternativen und -konservativen? Sicherlich! Und es gibt die lebbareren, Menschen- und Schöpfungsrechte und –würde achtenden Alternativen zum Turbokapitalismus, die keine Opfer fordern oder billigend beim (Ausver-)Kauf (der Lebensgrundlagen) mitnehmen.

Aber es sind auch die Nazis, Nasos, die Rechtsradikalen. Sie können Stilelemente von alternativ bis bürgerlich locker integrieren, können Ikonen der früheren Revolutionen für sich zitieren, können ihren Reim auf alles und mit allem machen und damit ankommen, wo der Verdruss alle anderen Alternativen durchspielte oder gar nicht erst folgender Faszination widerstehen konnte: Ein Volk rettet sich allein. Jedes Volk sei seines Glückes Schmied, wir Deutschen schmiedeten schon immer besser. Das viel-völkische Europa wird ein paar Minderheiten ausmerzen, pardon – abschieben – müssen. Sie fangen schon mal an: »Wenn ihr uns lasst und eure Sorgen abWANDELt, umWENDEt und in unsere national befreiende Bewegung münden lasst, dann...« dann wird das erneute deutsche Erdenreich zum beHAKENkreuzigen schön werden. Meinten sie vor oder nach 1945? Diese

Symbolik lässt die Naso/-zis lachen, ist aber nicht überholt wie der verbotene H-Gruß. Es ist bleibende Einsichtslosigkeit bei bleibender Tunnelblickaussicht. Aber das zu erkennen und zu durchschauen ist keine Überforderung und der Gedanken-gang keine Unterstellung. Es klingt heute vergleichbar und doch schönfärbend populär nach gerechterer Gesellschaft und viel viel Kindergeld und Heimatschutz usw.

Sie haben gelernt. Sie führen keinen Krieg irgendwo in der Welt, sondern rüsten hier auf, erstmal national, dann chauvinistisch – man könnte von ihrer DDDR – Verehrung sprechen (Deutschland. Dann Den Rest). Zweckbündnisse mit weltweit zu findenden nationalistisch-fundamentalistisch Gruppen sind da kein Hindernis, sondern Bestätigung. Gefordert sind wir, weil die Sensoren einiger Beobachtenden deutlich machen: es ist eine Tendenz der Unsicherheit, die globale Unwägbarkeit gegen den lokalen Versicherer zu tauschen. Anders gesagt: Das Hemd ist mir näher als der Rock.

Die Wahlbeteiligung vieler macht das Land vielleicht nicht viel besser, aber sie kann mit unseren paar Kreuzen verhindern, dass aus parlamentarischer Verantwortlichkeit (an der auch ich manchmal zweifle) eine parlamentARISCHE Spielweise nationalistisch hetzender Irrläufer und –denker wird. Ich will nicht nur 5% davon verhindern, sondern 0% davon erleben in meinem Heimatland D. ■

Miteinander

ROLAND MEIXELSBERGER,
MUHAMMAD HUSSAIN KHAN

Die BÜZ versteht sich als Zeitung, die aufklärt, Grenzen abbaut und Brücken aufbaut. Eine dieser Brücken ist die Zusammenarbeit mit der »Muslimischen Gemeinde« in Nordhausen. Der Zufall wollte es so, dass sich 2006 die »Muslimische Gemeinde Nordhausen« gründete und im gleichen Jahr ein NPd-Aufmarsch durch Nordhausen zog. Das BgR, welches sich zu der Zeit neu zu-

sammen fand, organisierte einen bunten und breit angelegten Protest gegen den Aufmarsch, an dem sich auch Mitglieder der Gemeinde beteiligten. Für uns gilt es die Menschenrechte und Religionsfreiheit zu achten und zu schützen. Dem Grundgesetz liegt die Idee der individuellen Freiheitsrechte zugrunde, in denen die Würde des Menschen aus sich selbst heraus zukommt. – Alle sind gleich, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung. Diese Gedanken zeigten sich zuletzt am 02. Juli 2009 recht deutlich, wo wir Solidarität unter- und miteinander lebten und der »Muslimischen Gemeinde« zur Seite standen, weil

die NPd eine Kundgebung vor ihren Räumlichkeiten abhalten wollte. Die Kundgebung wurde verboten, doch wir hielten an der Idee des »interreligiösen Frühstücks« fest und erlebten, mit etlichen Nordhäuser Bürgern und Bürgerinnen jeglicher Konfession, einen sonnigen Vormittag bei Kaffee, Kuchen und vielen interessanten Gesprächen. Die Gemeinde öffnete ihre Türen und einzelne Mitglieder standen wortwörtlich Rede und Antwort.

Mit dem Thema und Begriff »Islam« wird hier und da recht unsensibel und inflationär umgegangen, es fehlt die Reflektion und Differenzierung zwischen der Religion Is-

lam und der Politik im Islam. Das Eine meint nicht das Andere, das Eine ist nicht das Andere. Trauriger Höhepunkt der zunehmenden »Islam-Feindlichkeit«, in Deutschland, war der gewaltsame Tod der Ägypterin Marwa S., welche im 3. Monat schwanger war. Sie wurde am 01. Juli 2009 Opfer einer rassistisch motivierten Tat im Dresdner Landgericht. – einen Tag bevor die NPd ihre Kundgebung vor den Räumlichkeiten der »Muslimischen Gemeinde« in Nordhausen abhalten wollte.

Dies war mit Anlass, dass die Redaktion der BÜZ die Gemeinde bat sich doch kurz vorzustellen und etwas über sich zu berichten. ■

Die »Muslimische Gemeinde Nordhausen«

Die »Muslimische Gemeinde Nordhausen« gründete sich 2006. Am Anfang wurde ein Raum im Asylbewerberheim als Gebetsraum genutzt und es konnten die ersten Kontakte zu Vereinen in Nordhausen geknüpft werden.

Als das Asylbewerberheim geschlossen wurde, standen wir fast 1 Jahr ohne Gebetsraum da, doch die Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen und Integration fördernden Vereinen wurde aufrecht erhalten. Durch

diese Zusammenarbeit und mit der Hilfe der Stadt Nordhausen konnten 2008 Räumlichkeiten in der Halleschen Straße angemietet werden, welche seitdem als Vereins- und Gebetsräume genutzt werden. Aus einer kleinen Anzahl von Betenden und Mitgliedern ist eine wachsende Gemeinde geworden. Von den knapp 400 im Landkreis lebenden Muslimen und Muslimas sind derzeit 50 Mitglieder der Gemeinde. Unter ihnen befinden sich Männer und Frauen aus den unterschiedlichsten Ländern und Regionen der Erde, etliche von Ihnen studieren an der Fachhochschule oder besuchen das Studienkolleg.

Die Medien stellen unsere Religion, den Islam, schlecht dar. Man wirft uns vor, ohne uns zu kennen, dass die Muslime Machtansprüche haben oder Gewalt in Deutschland ausüben wollen. Wir aber setzen uns für eine gerechte Integration ein und möchten hier einfach unsere Religion ausüben und leben. Dabei halten wir uns an die Allgemeinordnung und bestehenden Gesetze. Wir möchten nicht als Ablenkung von Themen wie Rechtsextremismus, Diskriminierung oder Arbeitslosigkeit dienen, darum haben wir uns in Nordhausen vorgenommen, durch Vorträge und Seminare den Menschen unsere Religion zu erklären

und darüber aufzuklären. Die Nordhäuser Bürgerinnen und Bürger sollen die Chance und Möglichkeit haben uns kennenzulernen und zu sehen, wie wir unsere Religion leben und pflegen. Wir versuchen so viel wie möglich an Aufklärungsarbeit zu leisten und informieren gerne über das, was wir vorhaben. Wir laden jede Bürgerin und jeden Bürger in unsere Moschee, in der Halleschen Straße, ein.

Egal woher man kommt, wie man aussieht oder welche Ansicht man hat, wir wollen hier in Frieden leben und wünschen uns, dass man uns so akzeptiert wie wir sind. ■

IMPRESSUM

büz – die bürgerzeitung
Unabhängiges Informationsblatt für Nordhausen und Umgebung vom Bündnis gegen Rechtsextremismus

Diese Zeitung wird im Selbstverlag herausgegeben durch: Bündnis gegen Rechtsextremismus c/o Schrankenlos e.V. Barfußstraße 32, 99734 Nordhausen

Redaktion: Peter Kube (v.i.S.d.P.), Dr. Regine Heubaum, Gisela Hartmann

V.i.S.d.P.: Peter Kube, Schrankenlos e.V., Barfußstraße 32, 99734 Nordhausen

Layout: Erik Fischer, Strohmühlenweg 1a, 99734 Nordhausen

Druck: TA-DRUCKHAUS Erfurt GmbH & Co. KG, Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 15. November 2009

GEFÖRdert IM RAHMEN DES BUNDESPROGRAMMES »VIELFALT TUT GUT. JUGEND FÜR VIELFALT, TOLERANZ UND DEMOKRATIE«

